

Linke-Fraktion im Gemeinderat

Gerlinde Strasdeit, Gitta Rosenkranz,
Dr.Sara Cristina da Piedade Gomes,
Tom Besenfelder
gerlinde.strasdeit@posteo.de
72074 Tübingen, Frischlinstr.7 Tel. Tü-21534

5.5.25

Linke Antrag zu Vorlage 923a/2025

1. Der Vertrag behält seine Gültigkeit. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung bleibt langfristig bestehen.
2. Die nötigen Investitionen im Fuhrpark und Gebäude werden ebenso wie die nötigen Einstellungen (Abteilungsleitung, Lader und Fahrer) zügig mit langfristiger Perspektive getätigt.
3. Die Stadt verhandelt mit dem Landkreis über eine Erhöhung der Zuwendung im bestehenden Vertrag

Zu 1. Wir lehnen die Privatisierung der städtischen Müllabfuhr nach wie vor ab. Privatisierung ist Flucht aus dem kommunalen Tarifvertrag. Beschäftigte der Privatunternehmen verdienen weniger Geld u. müssen daher häufig staatliche Hilfen wie Aufstockung des Lohns und Wohngeld beantragen. Wollen wir das?

Zu 3. Vor Kündigung Verhandlung mit der Kreisverwaltung über eine Erhöhung der Zuzahlung und Änderung der Preisgleitklausel.

Die Müllentsorgung durch die öffentliche Hand ist erfahrungsgemäß der einzige Weg, der sicherstellt, dass der Müll pünktlich und zuverlässig geholt wird.

Begründung: die Beschäftigten der Tübinger Müllabfuhr holen den Müll zuverlässig ab. Das schaffen private Dienstleister nicht, wie zuletzt mit Verzögerungen der Müllabholung bis zum 5.5. lt. Pressemitteilungen vom 24.4. u. 26.4.25.

Der Landkreis muss daher ein Interesse daran haben, dass die Stadt den Müll

abholt. Wie aus der Kreistagsdrucksache 014/25 hervorgeht hat der Landkreis selbst dann noch ein Interesse daran, wenn er mit der Stadt aushandeln würde, im bestehenden Vertrag mehr als bisher für die Dienstleistung zu zahlen, weil er bei Neuausschreibung noch deutlich teurere Aufträge vergeben müsste.

In die Müllabfuhr wurde jahrelang nicht investiert. Das Defizit ist teilweise auch deswegen jetzt so hoch. Die große Verunsicherung der Beschäftigten verschärft die aktuelle Personalsituation zusätzlich.

Für die Sitzung am 8.5. wäre dies unserer Meinung nach der am weitesten vom Verwaltungsvorschlag abweichender Beschluss, weshalb diese Abstimmungsreihenfolge am logischsten wäre:

- Linke Antrag
- angekündigter Antrag auf Lösungsvariante 4.2. StR Zarnetta
- Verwaltungsvorschlag

Für die Linke Fraktion

Gerlinde Strasdeit, Fraktionsvorsitzende